

## Stresstest am Ende des ersten Koalitionsjahres

**Vor einem Jahr, am 11. Mai 2010, wurde die erste britische Koalitionsregierung seit 60 Jahren besiegelt. Die Lokalwahlen in England und Wales, die Regionalwahlen in Schottland, Wales und Nordirland, sowie das Referendum über ein neues Wahlsystem im Vereinigten Königreich gaben den Wählern die Möglichkeit, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.**

Es begann wie ein Sommernachtstraum. Die beiden Vorsitzenden der Konservativen und Liberaldemokratischen Partei, David Cameron und Nick Clegg, stellten sich im Rosengarten von Downing Street den erstaunten Journalisten, um ihnen ihre Vereinbarungen, die sie in nur fünf Tagen für eine Koalitionsregierung entwickelt hatten, zu präsentieren. Nicht nur, dass dies für Parteien, die es nicht gewohnt sind, Koalitionen zu bilden, ein unglaubliches Tempo war, überraschte. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte man sich nur schwer vorstellen, dass diese beiden Parteien zusammengehen würden. Für viele Briten steht die Konservative Partei trotz der Reformbemühungen ihres Vorsitzenden für den marktliberalen Thatcherismus. Der Großteil der Liberaldemokratischen Partei wird demgegenüber links von Labour angesiedelt. Man durfte also von Beginn davon ausgehen, dass die Koalition erhebliche Spannungen auszuhalten haben wird.

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass sich die Koalitionäre eine so ambitionierte Agenda verordnet haben. In dem zurückliegenden Jahr gab es kein Ressort ohne ein umfassendes Reformprojekt. Oberste Priorität hat dabei der Schuldenabbau, ohne die Wirtschaftserholung abzuwürgen. Eine der ersten Amtshandlung des Finanzministers Georg Osborne war die Vorlage eines umfassenden Sparpakets, das im Durchschnitt 25 Prozent Einsparungen von jedem Ministerium innerhalb der nächs-

ten vier Jahre vorsah, mit Ausnahme des Verteidigungs- und Entwicklungshilfebudgets, sowie der NHS, dem britischen Gesundheitssystem. Was aber nicht bedeutet, dass nicht auch dort Einsparungen und Reformen in Angriff genommen werden müssen.

Der anpackende Start wurde von der Bevölkerung mitgetragen. Es war jedem klar, dass sich etwas ändern muss, nicht ohne Grund wurde die Regierung Brown abgewählt. Aber erst jetzt, ein Jahr später, entfalten die Sparmaßnahmen erste Wirkung und die Akzeptanz für diese innerhalb der Bevölkerung schwindet.

### Liberaler unter Druck

Besonders deutlich bekommt dies der kleinere Koalitionspartner zu spüren. Die Zustimmung für die Liberalen hat sich innerhalb des zurückliegenden Jahres halbiert, von 23 auf 11 Prozent (Schwankungen bei den Umfrageinstituten mal außen vor gelassen). Hierbei kommt die Unerfahrenheit mit Koalitionsregierungen zum Ausdruck - auf Seiten der Parteien ebenso wie auf Seiten der Bevölkerung. Die Liberalen haben im Wahlkampf starke Versprechungen gemacht, die in einer Koalitionsregierung in dieser Konstellation nicht zu halten waren. Und die Wähler haben die Erwartung, dass Wahlprogramme nahezu 1:1 in Regierungsprogramme umgewandelt werden. Das ist aber nicht möglich, wenn aus zwei verschiedenen Wahlprogrammen ein Regierungsprogramm entwickelt werden muss. Wie viel Sprengstoff in dieser Binsenweisheit liegt, zeigte sich besonders bei der Frage der Erhöhung der Studiengebühren.

Die Liberalen versprachen, jede Art von Erhöhung der Studiengebühren abzulehnen. Viele der Kandidaten für das Unterhaus ga-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

GROßBRITANNIEN  
CLAUDIA CRAWFORD

16. MAI 2011

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)  
[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

ben dieses Versprechen ihren Wählern schriftlich. Vielleicht waren sie davon ausgegangen, sie würden eh nicht in die Verlegenheit kommen, dieses Versprechen umsetzen zu müssen. Für den unwahrscheinlichen Fall einer Regierungsbeteiligung, würden sie wahrscheinlich mit Labour regieren und somit wäre eine Studiengebührenerhöhung unwahrscheinlich. Soweit zur Wahrscheinlichkeitsrechnung. Es kam anders, die Regierung erhöhte die Studiengebühren um das Dreifache. Der Zorn der Studenten ging vor allem auf die Liberalen nieder. Die zum Teil gewalttätigen Demonstrationen der Studenten schafften es in die ausländische Presse.

### Wahlen am 5. Mai - Stresstest

Den richtigen Stresstest für die Regierung bot der 5. Mai 2011. Es fanden Lokal- und Regionalwahlen statt, sowie ein Referendum über das britische Wahlsystem statt. Lokalwahlen, die in jedem Jahr in irgendeinem Ort stattfinden, sind nicht unbedingt auf die nationale Ebene übertragbar. In diesem Fall fanden allerdings Wahlen in so vielen Städten und Gemeinden statt, dass sie durchaus repräsentativ sind. 13 Millionen Wahlberechtigte in England waren zur Wahl aufgefordert.

Stadt- und Gemeinderäte (Councillors) sind für die Parteien in Großbritannien sehr wichtig. Sie bilden das Rückgrat der Parteien, unterstützen ein flächendeckendes Netz an Parteipräsenz und sind zudem recht lukrativ. Vor diesem Hintergrund ist es für die Liberalen sehr schmerzlich, rund 748 Councillors verloren zu haben. Die Meinungsumfragen haben sich damit bestätigt.

In gleicher Weise konnte Labour Zugewinne machen, fast 900 Councillors mehr und haben damit die Vorhersage von 1000 mehr Sitzen fast erreicht.

Aber auch die Konservativen konnten Gewinne machen, anders als erwartet. Das könnte den Eindruck erwecken, dass sie halbwegs unbeschadet durch das erste Koalitionsjahr gekommen sind. Auch in den Umfragen stehen die Tories nicht schlechter da, als vor einem Jahr. Sie hatten schon in ih-

rem Wahlkampf angekündigt, dass das Land Reformen braucht, vor allem das Defizit reduzieren muss und dass dies nicht einfach sein wird. Damit waren die Konservativen auf einem wichtigen Politikfeld in einer Position, wo sie sich nicht korrigieren mussten. Sie haben viel mehr die Erwartungen erfüllt, die sie geweckt hatten - auch wenn das nicht gerade gern gehörte Ankündigungen waren. Es gibt aber ein Feld, auf dem Versprechungen gemacht wurden, wo noch nicht klar ist, ob diese gehalten werden können. Es war Cameron persönlich, der die NHS, das staatliche Gesundheitssystem, für sakrosankt erklärt hat - obwohl es teuer und eher ineffektiv ist. Die Vorschläge des Gesundheitsministers zur Reform der NHS rufen deshalb derzeit einige Unruhe hervor. Aber es hat den Anschein, dass sie angesichts des Wahlergebnisses für die Liberalen noch einmal überdacht werden. Denn diese haben nach dem Wahldebakel deutlich gemacht, sie werden sich künftig in der Koalition entschiedener abheben. Ein Feld, das sie für sich auserkoren haben, ist die NHS.

### Referendum über AV

Das eigentliche Politikfeld der Liberalen aber, auf dem sie sich profilieren wollten und mit dem sie stark in den Wahlkampf gezogen sind, ist die Reform des politischen Systems. Es ginge ihnen darum, nach dem großen Skandal um die Spesenabrechnungen der Abgeordneten wieder Vertrauen in die Politik herzustellen. Kern der politischen Reform sei ein neues Wahlsystem. Ein gewisser Eigennutz ist dabei nicht zu übersehen, denn das bestehende Mehrheitswahlrecht benachteiligt die Liberalen überproportional. Bei 23 Prozent in den letzten Parlamentswahlen gewannen die Liberalen nur 57 Sitze im Unterhaus, Labour gewann mit nur 6 Prozent mehr 258.

Die Einführung eines Verhältniswahlrechts war mit den Konservativen nicht verhandelbar, aber die Liberalen konnten die Zusage für ein Referendum über die Einführung eines Präferenzwahlrechts in den Koalitionsvertrag hinein verhandeln. Das war eine Konzession der Tories, um die Liberalen in die Regierung zu bringen - aber sie bedungen sich aus, dass sie getrennt in die Kam-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## GROßBRITANNIEN

CLAUDIA CRAWFORD

16. MAI 2011

[claudia.crawford@kas.de](mailto:claudia.crawford@kas.de)

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

pagne des Referendums marschieren durften.

Möglicherweise war es das, was den Tories bei den Wahlen geholfen hatte. Das vorgeschlagene neue Wahlsystem war nicht zu verkaufen. Das System der so genannten Alternativ Vote (AV) ist kompliziert zu erläutern. Die Wahlkommission musste eine kleine Broschüre anfertigen, die jedem Haushalt vor der Abstimmung in den Briefkasten geworfen wurde. Aber wer vertieft sich schon in fünf Seiten administrativer Erläuterung. Es wirkt nicht sehr gerecht, weil Stimmen für Splitterparteien mehrmals gezählt werden. Nur wenige überhaupt haben sich für das Thema interessiert. Und zu guter Letzt hat wohl mancher gedacht, dass er mit einer Nein-Stimme die Liberalen besonders bestrafen kann. Und somit schnellte die Unterstützung für eine Ablehnung von AV in den letzten zwei Monaten zusehends nach oben. Die Abstimmung vom 5. Mai endete mit einem klaren Ergebnis zugunsten des bestehenden Mehrheitswahlrechts von 67,2 zu 32,2 Prozent.

Im Nachgang stellte es sich als ein Nachteil heraus, das Referendum schon gleich nach einem Jahr, für neue Regierungen grundsätzlich eine schwierige Zeit, durchführen zu wollen. Und auch die Kopplung an die Lokalwahlen hat den Liberalen geschadet - so wie sie den Konservativen genutzt hat.

### Sieg der SNP in Schottland

Alexander Salmond, der Spitzenkandidat der Schottischen Nationalisten (SNP) und erster Minister Schottlands, mag davon lernen. Er und seine Parteien waren wohl der eigentliche Gewinner der Wahlentscheidungen am 5. Mai. Unerwartet konnten sie eine absolute Mehrheit bei den Regionalwahlen zum schottischen Parlament gewinnen. Die SNP kündigt seit Jahren an, dass sie ein Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands herbeiführen wird, sobald sie dafür die Möglichkeit hat. Die ist nun gegeben. Aber die ersten Einlassungen seitens Salmond zeigen deutliche Zurückhaltung. Das Referendum käme erst zum Ende dieser Legislatur und man wolle die anderen Parteien konsultieren. Es sieht auch derzeit nicht so

aus, als hätte so ein Referendum Chance auf Erfolg. Die Umfragen sprechen von über 50 Prozent der Schotten, die gegen eine Unabhängigkeit sind. Die Wähler scheinen sich aber von der SNP eine stärkere Vertretung gegenüber Westminster zu versprechen, als von den anderen Parteien.

Wem das vor allem zu denken geben sollte, ist Labour. Sie war traditionell stark in Schottland. Über die Jahre ist ihre Vormachtstellung mehr und mehr geschmolzen. Das ist insofern für die Partei problematisch, als dass sie in England bis auf London kaum eine Machtbasis hat. Wenn sie nun auch in den Regionen an Kraft verliert, kann sich das bei den nächsten Parlamentswahlen für das Unterhaus sehr negativ auswirken. Immerhin ist sie in Wales noch gut aufgestellt. Dort hat sie bei den Regionalwahlen die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt.

In Nordirland gewannen wie beim letzten Mal die protestantischen Unionisten, die mit der katholischen Sinn Féin eine Koalitionsregierung bildet. Die traditionellen Parteien aus Großbritannien spielen dort nur eine untergeordnete Rolle.

### Ausblick

In der Summe dieser Wahlergebnisse wird sich kaum etwas in der Regierungsarbeit verändern. Beide Koalitionsparteien können eine vorgezogene Parlamentswahl nicht gebrauchen - für die Liberalen wäre das tödlich, für die Konservativen zu unsicher. Der Führung der beiden Parteien ist das Bemühen, diese Koalition weiterzuführen deutlich anzumerken. Gern würde Cameron seinem Counterpart, Nick Clegg, unter die Arme greifen. Genau das könnte kontraproduktiv sein. Die Mitglieder der Liberalen wollen von Clegg mehr Führung, mehr Widerstand gegen die Tories sehen. Hilfestellungen würden ihn vor diesem Hintergrund schwächer erscheinen lassen. Es kann deshalb erwartet werden, dass die Regierung eher engagierter die Reformthemen aufgreift und die internen Streitigkeiten zunehmen. Zumindest bis zum Parteitag der Liberalen Mitte September. Dann wird man sehen, wie die Mitglieder der Liberaldemokraten die Arbeit ihrer Parteiführung bewerten.



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Großbritannien

63 D Eccelston Square  
London SW1V 1PH  
United Kingdom

Telefon  
+44 20 7834 4119  
Telefax  
+44 20 7834 4134